

Entwurf Positionierung Fachgruppe Physik

Eingebracht von der Fachschaft in die Fachgruppensitzung am 6.7.2023.

Die Fachgruppe Physik hat diesen Antrag in der hier vorliegenden Fassung nicht beschlossen, wird aber stattdessen auf einstimmigen Beschluss das Thema und die Forderungen aus diesem Antrag in die Fakultät einbringen.

Nachhaltige Strukturen in Technik und Verwaltung schaffen

Die Fachgruppe Physik kritisiert, dass die Verwaltung immer mehr Aufgaben an externe Firmen auslagert.

Dies führt zu unnötig schlechten Arbeitsbedingungen der Kolleg*innen, ist für alle Beteiligten aufreibend und spart im Endeffekt kein Geld:

1. Auf diese Art werden teilweise die Tarifverträge im öffentlichen Dienst umgangen und Lohndumping Vorschub geleistet.
2. Ausschreibungsverfahren führen - wenn sie stattfinden wie sie gedacht sind - notgedrungen zu ständigem Anbieterwechsel. Dies führt dazu, dass die beauftragten Firmen Gründe für betriebsbedingte Kündigungen haben und so auch Kolleg*innen, die bereits seit Jahrzehnten zuverlässig in der Uni arbeiten, kurzfristig entlassen werden, obwohl es wohl nichts an der Uni gibt, das so langfristig planbar ist wie etwa die Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, zentrale Werkstätten und Handwerksbetriebe.
3. Die regelmäßigen Anbieterwechsel sind zudem mit erheblichem Aufwand für Einarbeitung und Übergangszeiten verbunden und für alle Beteiligten aufreibend.
4. Geht etwas schief, kann das Problem nicht direkt beseitigt werden, sondern es bleibt zunächst alles liegen, bis schlimmstenfalls vor Gericht geklärt ist, wer die Verantwortung dafür trägt.
5. Die betroffenen Kolleg*innen sind nicht mehr Teil der Universität und in kollegiale Zusammenhänge und die universitäre Mitbestimmung einbezogen. Sie verlieren dadurch zunehmend den Bezug zu ihrer Arbeit und agieren formal oder machen nur noch Dienst nach Vorschrift. Die Abläufe an der Uni werden so immer unpersönlicher, formalistischer und mit zunehmendem bürokratischem Aufwand belastet.

Die Fachgruppe Physik fordert die Verantwortlichen in Verwaltung und Rektorat zu einem Paradigmenwechsel auf; der Senat sollte einen Grundsatzbeschluss fällen, dass die in den letzten Jahren ausgelagerten Abteilungen schrittweise wieder aufgebaut werden. Als Startpunkt ist den Reinigungskräften, die im Rahmen der jüngsten Neuausschreibungen der Gebäudereinigung Arbeitslosigkeit droht, ein Jobangebot zu unterbreiten.